

Axel Vogel

### Rede zur 3. Lesung des Landeshaushaltes, 17. Dezember 2010

- Es gilt das gesprochene Wort ! -

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Damen und Herren!

Am 21. August dieses Jahres war **Earth Overshoot Day**, der Tag an dem wir Menschen das ökologische Budget für das Jahr 2010 konsumiert hatten. An diesem Tag hatte die Menschheit alle Ökosystemdienstleistungen von der Aufnahmekapazität der CO<sub>2</sub>-Senken wie Moore und Wälder über das natürliche Nahrungs- und Rohstoffangebot des laufenden Jahres bereits bezogen. Seitdem leben wir auf Kosten zukünftiger Generationen. Am Ende des Jahres wird die Menschheit eineinhalb mal soviel Ressourcen verbraucht haben, wie unser Planet in diesem Jahr an biologischen Leistungen hervorgebracht haben wird. Wenn sich nichts wesentliches ändert wird die Menschheit im Jahr 2030 pro Jahr bereits die natürlichen Ressourcen und CO<sub>2</sub>-Speicher-Kapazitäten von zwei Erden verbrauchen. Da wir aber nur diesen einen Planeten Erde haben und bekanntlich keine zweite im Kofferraum wird dies auf Dauer nicht gut gehen.

“Aus Planetensicht gesehen werden die Auswirkungen des Ausgabenüberschusses jeden Tag augenscheinlicher. Der Klimawandel - CO<sub>2</sub> und andere Treibhausgase reichern sich schneller in der Atmosphäre an, als dass sie Wälder und Meere absorbieren können - ist die offensichtlichste und umstrittenermaßen die gravierendste Auswirkung. Aber es gibt auch noch andere: weltweit schrumpfende Waldbestände, Verlust an biologischer Vielfalt durch aussterbende Tier- und Pflanzenarten oder die Überfischung der Meere um nur einige zu nennen.”

Als Deutsche und Brandenburger tragen wir nicht nur ein Scherflein sondern einen Riesenbatzen zu dieser Situation bei: So beträgt unser Ökologischer Fußabdruck 5,1 ha pro

Person, d.h. JedeR Deutsche verbraucht die Biologische Leistung von 5,1 ha pro Jahr; tatsächlich stehen uns nach den Berechnungen des Global Footprint Network aber nur rund 1,9 ha pro Person an Biokapazität zur Verfügung, d.h. wir verbrauchen als Deutsche nicht das 1,5-fache sondern nehmen mehr als das 2,5-fache der auf uns entfallenden natürlichen Ressourcen und Pufferkapazitäten in Anspruch.

Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU) hatte der Bundesregierung vergangenes Jahr seinen sog. Budgetansatz zur Bewältigung des Klimaproblems vorgestellt. Demnach besteht ein Globalbudget an Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050, das gerecht auf alle Staaten verteilt werden sollte, um die 2 Grad Celsius-Leitplanke zu ermöglichen. Den Berechnungen zufolge können zur Zielerreichung bis 2050 noch max. 750 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> aus fossilen Quellen emittiert werden. Das bedeutet, dass für jedeN BrandenburgerIn eine Menge von rund 100 Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2050 entfällt. Aufgrund der exzessiven Braunkohleverstromung und der dadurch verheerenden Pro-Kopf-Bilanz in Brandenburg würden wir derzeit mit dem uns zustehenden Budget gerade einmal von heute bis 2014 kommen. Für die verbleibenden Jahre bis 2050 würden uns dann genau noch 0 Tonnen zustehen. Zeit, dass wir uns ernsthafte Gedanken machen!

Bei der Inanspruchnahme der verbliebenen CO<sub>2</sub>-Pufferkapazität der Erdatmosphäre haben wir Brandenburgerinnen und Brandenburger aufgrund der exzessiven Braunkohleverstromung im Jahr 2010 bereits ein Viertel der uns insgesamt bis zum Jahr 2050 zustehenden Menge von rund 100 Tonnen pro ErdbewohnerIn verbraucht.

Wenn wir von Ökologie sprechen, sprechen wir zugleich immer von Ökonomie. Beide Worte haben den gleichen griechischen Wortstamm: Oikos: das Haus. In beiden Fällen geht es um Haushalten, einmal im Naturhaushalt, einmal im Menschenhaushalt, wobei sich beide Haushalte vielfältig überschneiden.

Die Tatsache, dass wir unser natürliches Kapital schneller ausgeben als es sich erneuert, dass wir mit unserem überhöhten Verbrauch heute die Zukunftschancen künftiger Menschengenerationen gefährden, wenn nicht sogar vernichten, ist der Situation

kontinuierlich überhöhter Ausgaben bei zu niedrigen Einnahmen in unseren privaten Haushalten und Staatshaushalten vergleichbar.

### Leitmotiv Nachhaltigkeit

Die Aufgabe vor der wir als Menschen wie als Brandenburger Politiker stehen ist jedes Mal die gleiche: die Ideen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in allen Politikfeldern zum zentralen Leitmotiv unseres Handelns machen und wirksam werden zu lassen. Nachhaltigkeit ist dabei mehr als Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Das Leitmotiv der Nachhaltigen Entwicklung steht für die Gewährleistung von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen im verantwortlichen Umgang mit finanziellen Ressourcen und öffentlichen Gütern. Dabei sehen wir uns nicht nur in der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen sondern auch für die Menschen anderswo auf dieser Welt.

Nachhaltigkeit als Grundprinzip erfordert dabei eine völlige Abkehr vom bisherigen Wachstumsdenken und eine radikale Umstellung des bisherigen Regierungshandelns. Lassen Sie mich dies am Beispiel des Großflughafens BBI verdeutlichen.

Die aktuelle Fluglärmdiskussion verweist auf das grundsätzliche Problem der Belastung von Mensch, Natur- und Umwelt durch den Flugverkehr. Nachhaltige Politik wäre es, all diese Belastungen so gering wie möglich zu halten. So wenig Flugverkehr wie möglich, das wäre ein Grundanliegen nachhaltiger Politik gewesen. Da Berlin als Hauptstadt einer Industrienation unzweifelhaft einen Flughafen benötigt, wäre es unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten angesagt gewesen die Dimensionen des Flughafens nicht auf maximales Wachstum auszulegen sondern auf das notwendige Maß zu beschränken. Anpassung des Betriebskonzeptes für den Flughafen an die Lage inmitten des Speckgürtels. Rigoroses Nachtflugverbot von 22.00 – 06.00 Uhr, keine parallel geführten Starts und Landungen, Absprachen mit den bereits bestehenden ostdeutschen Flughäfen in Leipzig und Dresden zur Arbeitsteilung bei Charter- und Luftfrachtverkehr, stattdessen unverdrossenes Festhalten an der Illusion eines Internationalen Luftdrehkreuzes BBI, weitreichende Genehmigung von Tagesrandverbindungen, Ablehnung der Luftticketabgabe im Bundesrat,

die hoffentlich zu einer Verringerung des innerdeutschen Flugverkehrs führt; demnächst vermutlich Kampf gegen Kerosinbesteuerung. Mit vorsorgender nachhaltiger Politik hat das alles nicht zu tun. Stattdessen werden wir in den nächsten Jahren mit horrenden dreistelligen jährlichen Millionenverlusten des überdimensionierten BBI und dem Ruf nach deren Deckung aus der Landeskasse konfrontiert werden, von den irgendwann fälligen Bürgschaftsverpflichtungen von bis zu 888 Mio Euro ganz zu schweigen. Oder: wie ein aktueller Buchtitel es beschreibt: BBI entspricht in seiner Dimension einem Berlin-Brandenburger Bankenskandal, der mit den Milliardenverlusten der nord- und süddeutschen Landesbanken vergleichbar sein wird.

#### Moderne Haushaltstechnik: Fehlanzeige

Von all diesen drohenden Verlusten lesen wir natürlich in diesem Haushalt noch nichts. Das ist auch kein Wunder, da die Technik der Haushaltsaufstellung sich hierzulande in den letzten 20 Jahren kaum verändert hat. Während andere Bundesländer wie Bremen, Hamburg und Hessen bereits die Doppik eingeführt haben und wie Unternehmen bilanzieren, hinkt Brandenburg noch weit hinterher.

Die bekannten Haushaltspläne sind immer Momentaufnahmen – blind für Vergangenheit und Zukunft. Im "kameralen" Haushalt 2011 spielen Bürgschaftsverpflichtungen und künftige Pensionslasten keine große Rolle. In den Eröffnungsbilanzen der drei genannten Bundesländer spielen sie dagegen eine wichtige Rolle. "Die ‚doppische‘ Betrachtung hilft, politische Entscheidungen in ihrer gesamten Tragweite zu beurteilen, die betriebswirtschaftliche Betrachtung des Haushalts schärft den Blick für den Ressourcenverbrauch und die Belastung künftiger Generationen. Sie ist Baustein einer nachhaltigen und transparenten Finanzpolitik", so die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert bei der Vorlage des Geschäftsberichts des Bundeslandes Bremen.

Durch die künftig jährlich zu erstellenden Bilanzen wird das Bewusstsein für Werte gesteigert. Für den Geschäftsbericht ist es von Interesse, wie sich das Anlagevermögen entwickelt. Investitionen beispielsweise in Schulgebäude oder Straßen schlagen nicht nur als Ausgaben zu Buche. Sie steigern das Anlagevermögen. Sie instand zu halten wird bei doppischer

Betrachtung attraktiver. Der Aspekt der Nachhaltigkeit bekommt mehr Gewicht. "

Das Ergebnis der Eröffnungsbilanz verdeutlicht aber auch die brisante finanzielle Lage der Länder: Land und Stadtgemeinde Bremen weisen zum Stichtag 1.1.2010 ein negatives Eigenkapital in Höhe von rund 12,7 Milliarden Euro aus. Selbst vermeintlich reiche Länder wie Hamburg (-1,2 Milliarden Euro) und Hessen (-64,8 Milliarden Euro) ziehen eine negative Bilanz. Bremen ist das dritte Bundesland, das eine Bilanz nach den bundesweit geltenden einheitlichen Standards vorlegt.

In Brandenburg drückt man sich bisher vor diesem Kassensturz. Diesen Zustand sollten wir über alle Fraktionen hinweg aber so schnell wie möglich beenden.

Messen wir also diesen Haushalt an den vorliegenden Zahlen und damit zugleich die Regierungspolitik am Leitbild der Nachhaltigkeit:

#### Risiko: Verschuldungspolitik

440 Mio Nettokreditaufnahme bei 10 Mrd € Haushaltsvolumen, das sieht zunächst einmal harmlos aus. Berücksichtigt man aber, dass die SPD-geführten Vorgängerregierungen egal in welcher Farbenkombination in den letzten 20 Jahren über 18 Mrd € Schulden aufgehäuft hatten und die jährlichen Zinsausgaben von mehr als 700 Mio € die Nettokreditaufnahme bei weitem übersteigen, so zeigt sich hier schon, dass dieses Land neuen Schulden macht, um seine Zinsen auf die bisher schon aufgenommenen Schulden zu bezahlen. Soweit, dass wir unsere Schulden tilgen können, sind wir noch lange nicht. Dabei drohen die veranschlagten 742 Mio € für Zinsen und Kreditnebenkosten durch die Zinsentwicklung auf den Geldmärkten drastisch überschritten zu werden. So hat sich die Umlaufrendite in den letzten 3 Monaten um rund 25 % erhöht, sind die Zinsen für 10-jährige Bundesanleihen von 2,2 % auf über 3 % geklettert. Bei rund 3 Mrd €, die jedes Jahr neu aufgenommen werden müssen, bedeutet so ein Zinsaufschlag Mehrausgaben von rund 25 Mio € pro Jahr. Gelder, die für Bildung und den Umbau unserer Industriegesellschaft dringend benötigt würden. Und wer garantiert und, dass es bei diesen 25 Mio € bleibt.

Bei den Haushaltsberatungen im Mai war gerade das Beispiel Griechenland aktuell, zur Zeit

ist es Irland, nächstes Mal vielleicht Portugal oder Spanien. Griechenland und Irland zeigen, dass man dem internationalen Finanzkapital ganz schnell hilflos ausgeliefert ist, wenn Ratingagenturen erst einmal auf die Idee kommen, da könnte jemand vielleicht einmal theoretisch seine Schulden nicht zurück bezahlen. Und diese Theorie zeitigt dann ganz schnell praktische Wirkungen: Zinsen im zweistelligen Bereich für Umschuldungen, Sparauflagen der EU und des IWF, Radikale Einschnitte in den Sozialsystemen und im Öffentlichen Dienst.

Erscheinungen, die wir hier alle nicht erleben wollen, aber dieses "über die Verhältnisse leben" ist nicht auf die EU-Schwellenländer begrenzt, sondern wird auch von der Brandenburger Landesregierung praktiziert, die sich von den Inhalten ihrer Koalitionsvereinbarung schon längst gelöst hat. Dort heißt es ganz vorbildlich:

" (...) setzt sich die Koalition deshalb das Ziel den Schuldenaufwuchs auf das Notwendige zu begrenzen. (...) Je nach konjunktureller Lage müssen zusätzliche Kredite zurückgeführt werden. Ausgabensteigerungen sind grundsätzlich durch Einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren."

Wie von mir schon in der Debatte zur 1. Lesung des Haushaltsentwurfs ausgeführt, akzeptierten wir die in Folge der Wirtschaftskrise 2009 eingetretenen Notlage und begrüßten es, dass die Landesregierung den Haushaltsentwurf zunächst auf Grundlage der niedrigen Maisteuerschätzung aufgestellt hatte. Inzwischen liegt aber die aufgrund der besseren wirtschaftlichen Rahmendaten deutlich verbesserte November-Steuerschätzung vor. Entgegen meiner im Oktober geäußerten Hoffnung nutzt die Regierung diese Mehreinnahmen jedoch nicht vollständig zur Haushaltskonsolidierung, *sondern will wieder einmal einen Fonds schaffen.*

Dabei wären Einsparungen bitter nötig, da wir unseren Landeshaushalt unverändert nur zu rund 50 Prozent aus Steuereinnahmen finanzieren und der Kostgänger des Bundes und der anderen Länder sind. Die uns von dort vorgegebenen Rahmenbedingungen sind bekannt und brauchen von mir nicht vertieft werden: Schuldenbremse, d.h. nach 2019 keine strukturelle Neuverschuldung mehr, Auslaufen der Solidarpaktmittel bis 2019, Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Hinzu kommt bereits vorher im Jahr 2014 das Auslaufen der bisherigen Form der EU-Förderung. Setzen wir noch den Demografischen Wandel hinzu, so

kommen wir nach MdF-Berechnungen im Jahr 2020 auf eigene Einnahmen des Landes von 7,5 Mrd €, mit verminderten EU- und Bundeszuschüssen auf rund 8,8 Mrd €.

Das Finanzministerium hat auf dieser Basis das sehr lesenswerte "Handlungskonzept für die Brandenburger Finanzpolitik für das Jahr 2020", abgedruckt unter Ziffer 4.5. der Mittelfristigen Finanzplanung aufgestellt. Ergebnis: Selbst unter der Voraussetzung eines Personalabbaus auf 40.000 Beschäftigte, einem Rückgang der Investitionen auf die Hälfte und einer unveränderten Verbundquote für den Kommunalen Finanzausgleich von 20 Prozent wird die bereits jetzt in der Mittelfristigefinanzplanung veranschlagte Deckungslücke von 380 Mio € auf rund 1 Mrd € in 2020 (pro Jahr) anwachsen.

### Verwaltungsreform 2020

Auf Kosten der Kommunen wird sich diese Deckungslücke kaum schließen lassen. Wie die Oberbürgermeister der vier Kreisfreien Städte auf ihrer PK am 9.12. vorgerechnet hatten, wurden die Kommunen mit der Herabsetzung der Steuerverbundquote von 25,3 auf 20 v.H. seit 2005 um 526 Mio € zugunsten des Landes geschröpft. Im Jahr 2011 wird sich dieser Betrag mit dem vorliegenden Landeshaushalt um weitere 131 Mio € auf 657 Mio € erhöhen.

Diese Zahlen machen deutlich: mit ein bisschen Herumdoktern an den Behördenstrukturen des Landes und an den Gemeindestrukturen wird es nicht getan sein. Um vor den Herausforderungen des demografischen Wandels, der auslaufenden Solidarpaktmittel und der extremen Schuldenbelastung zu bestehen, müssen alle öffentlichen Verwaltungen modernisiert und damit zukunftsfest gemacht werden. Wir müssen neu bestimmen, welche Leistungen die öffentliche Hand in Zukunft erbringen soll und kann und wie die Aufgaben zwischen Land, Kreisen und Kommunen verteilt werden. Zudem gilt es, für tragfähige Verwaltungsstrukturen zu sorgen. Hier und da ein paar Fördermittel für Gemeindezusammenschlüsse auszureichen ersetzt kein Konzept."

Brandenburg braucht starke und leistungsfähige Kommunen. Faktisch haben viele Städte und Gemeinden jedoch kaum mehr Handlungsspielräume und konkurrieren mit den Landkreisen um dasselbe Geld. Die Finanzprobleme sind dabei auch dem Umstand geschuldet, dass den Kommunen von Bund und Land übertragene Aufgaben nicht hinreichend ausfinanziert sind.

Allein der Haushalt der kreisfreien Stadt Cottbus weist in diesem Jahr eine Deckungslücke von 58 Millionen Euro auf und diese wird auch in den nächsten Jahren in ähnlicher Größenordnung liegen.

Es macht keinen Sinn, überlebte Strukturen dauerhaft mit viel Geld aufrecht erhalten zu wollen. Unabhängig von der grundlegenden Funktional- und Verwaltungsreform halten wir es für sinnvoll, dass die schrumpfenden kreisfreien Städte Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg (Havel) bald mit ihren Umlandkreisen fusionieren. Der einzige von den 3 betroffenen Oberbürgermeistern der dies verstanden hat, ist der OB von Cottbus, Frank Szymanski.

Wir brauchen eine **Verwaltungsreform 2020**. Es ist Aufgabe der Landespolitik, hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Prozess hin zu neuen Verwaltungsstrukturen muss von Beginn an in enger Absprache und unter breiter Beteiligung der betroffenen Kreise und Kommunen, ihrer kommunalen Selbstverwaltungsorgane und ihrer Bewohner erfolgen. Hierfür bieten wir Ihnen ausdrücklich unserer Unterstützung an.

#### Den Handlungsspielraum des Landes erweitern

Aber die Situation unseres Landes erfordert mehr als nur Ausgabenreduzierungen und Verwaltungsstrukturen. Wir benötigen eine ausschließliche Ausrichtung der Haushaltspolitik an Nachhaltigkeitskriterien. Aber wie soll das funktionieren?

Auch wenn es anders als im amerikanischen im deutschen Haushaltsrecht keine Unterscheidung zwischen gebundenen und disponiblen Ausgaben gibt, so weiß doch jeder, was damit gemeint ist. Ein immer größerer Anteil der Ausgaben ist aufgrund früherer Entscheidungen auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus festgelegt und steht für politische Entscheidungen nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung. Im Bundeshaushalt gelten inzwischen rund 93 Prozent der Ausgaben als indisponibel (Steuerle/Roeper).

Musterbeispiel für die von uns finanziell zu tragenden Folgen früherer politischer Entscheidungen sind die Zinsbelastungen, als Ergebnis früherer Verschuldungspolitik, sind



aber auch die Ausgaben für das gegenwärtig beschäftigte Personal; das gilt für die Folgen der exzessiven Verbeamtungspolitik der ersten Jahre des Landes Brandenburg, die zu Pensionslasten mit einem Barwert von rund 22,6 Mrd € (2% Zinsen, 1,5 % Besoldungsdynamik) geführt haben. Wollte man den Pensionsfonds zur Abdeckung dieser Lasten bis 2020 auffüllen, so müsste man nach den Berechnungen des Finanzministerium (abgedruckt in der Anlage zum Haushaltsgesetz) auf jeden gegenwärtig veranschlagten Besoldungseuro nochmals mehr als das Doppelte, genau: einen Zuschlag von 116 Prozent (bei 2 % Zinsen, 1,5 % Besoldungsdynamik) oben drauf legen. Es versteht sich von selbst, dass dies illusorisch ist.

Heißt das nun aber, dass wir Haushaltspolitik im Parlament nur noch "als symbolische Inszenierung von Nichtigkeiten auf der Oberfläche unantastbarer "Sachzwänge" " betreiben, wie es ein aktuelles Papier (Wolfgang Streeck und Daniel Mertens, Politik im Defizit, in Berliner Republik 4/2010 Seite 14) beschreibt. Ist die fiskalische Demokratie am Ende und durch eine Diktatur zur Befriedigung in der Vergangenheit aufgelaufener Ansprüche abgelöst worden. In der Vergangenheit gab es hierfür einen einfachen Lösungsansatz: Verteilungskonflikte sollten durch Rückgriffe auf erst noch zu schaffende zukünftige Ressourcen bewältigt, also durch eine optimistische Verschuldungspolitik gelöst werden.

Wie in den letzten Monaten schon mehrfach gezeigt ist uns dieser (nicht nachhaltige) Weg durch die Schuldenbremse versperrt. Das heißt aber im Gegenzug: Wir müssen uns in die Verteilungskonflikte hineinbegeben. Nicht unbedingt lustvoll, aber es bleibt uns nicht erspart, wenn wir wieder Handlungsfähigkeit in der Haushaltspolitik gewinnen wollen.

Im Prinzip hat das ja auch die Regierung erkannt oder sagen wir, zumindest Die Linke scheint das Problem erkannt zu haben.

Im Gegensatz zur SPD traute sich Die Linke immerhin zum ersten Jahrestag von Rot-Rot eine Bilanz, ich vermeide mal den Begriff "Erfolgsbilanz" vorzulegen, in dem sie die Haushaltspolitik ein Stück weit in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt. In ihrer Analyse ist Die Linke dabei schonungsloser oder sollen wir sagen ein ganzes Stück weit realistischer als es nach den Schönfärbereien des Ministerpräsidenten bei seiner ersten Regierungserklärung zu erwarten war. Hier heißt es: "Brandenburg ist ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit,

verbreiteter Armut, einer kleinteiligen, eigenkapitalschwachen Wirtschaftsstruktur, erheblichen demografischen Problemen und starken regionalen Disparitäten. Eine selbsttragende Entwicklung ist bislang nicht erreicht worden, der Landeshaushalt wird nur zu rund der Hälfte aus dem eigenen Steueraufkommen gedeckt". (Das ist mir ehrlich gesagt, schon etwas zu viel Schwarzmalerei, man könnte die kleinteilige Wirtschaftsstruktur ja auch als Chance werten).

Aber weiter:

Mit dem Haushalt 2011 unternimmt Rot-Rot in Brandenburg den ersten großen Schritt sich den neuartigen Herausforderungen zu stellen: soziale Verantwortung – gepaart mit sozialer Modernisierung – bei geringer werdenden finanziellen Mitteln"

Dann folgen die üblichen kleinen und großen frommen Selbsttäuschungen, wie der Hinweis auf die neuen Lehrer, die in Wirklichkeit ja keine zusätzlichen Lehrkräfte sind, sondern mit denen eben nur ein Teil der freigewordenen LehrerInnenstellen nachbesetzt wurden oder der Hinweis auf den Öffentlichen Beschäftigungssektor", bei dem die Rechnung ohne den Wirt "Bundesregierung" und der damit zum größten Fehlschlag bei den Leitprojekten dieser Regierung mutierte.. Aber dann wird es interessant:

*Ich zitiere: "Bei der Kofinanzierung von Bundes- und Europamitteln haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je Mittel wir mit einem Euro Landesmittel mobilisieren können, desto sinnvoller ist es daran festzuhalten."*

Prinzipiell ein richtiger Ansatz, auch wenn wir Bündnisgrünen zunächst all einmal die Programme aus der Förderung schmeißen würden, die mehr ökologischen Schaden als Nutzen anrichten, auch wenn sie viel Eigenmittel mobilisieren. Aber wie sieht es denn in der Realität aus: Welche Programme sollen denn in der 2. Säule der Agrarförderung zukünftig nicht mehr oder nur noch gekürzt bedient werden. Genau diejenigen, die den höchsten Nutzen für das Land bringen zum Beispiel das vom Nachhaltigkeitsbeirat hochgelobte LEADER-Programm, die Beihilfe für die Umstellung auf Biologische Landwirtschaft, die

Dorferneuerungsprogramme oder Komponenten des KULAP. Statt dessen wird mit der ganz dicken Gieskanne weiterhin eine pauschale Flächenprämie in Höhe von rund 30 € pro Hektar an die Landwirtschaftsbetriebe auf 70 Prozent der Landesfläche (sog. benachteiligte Gebiete) ausgeschüttet. Dass die LandwirtInnen bereits 300 €/ha Flächenprämie von der EU am Landeshaushalt vorbei erhalten, wird dabei geflissentlich ignoriert. Ein klarer Kniefall vor dem Brandenburger Bauernverband. Stattdessen reiste der Agrarminister im Land herum und versuchte den klammen Gemeinden einen erhöhten Eigenanteil für die Dorferneuerung aus dem Rücken zu leiern. Unverändert besteht in dieser Landesregierung die Illusion, dass dem ländlichen Raums am besten damit gedient sei, wenn die rund 350 landwirtschaftlichen Großbetriebe maximale Förderung genießen. Wir halten diese Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik an den Interessen einer kleinen Minderheit für fatal und eine Verschwendung von Zukunftschancen.

Zur Ehrenrettung der Linken gebe ich zu, dass es sich hier um die Fortsetzung klassisch Brandenburger SPD-Agrarpolitik in Zuständigkeit eines SPD-Ministers mit seinem vom Ministerpräsidenten geadelten Landwirtschaftsunterstaatssekretär handelt.

In die Zuständigkeit der Linken Verbraucherministerin fällt dagegen die Abschaffung des Zuschusses für die Tierkörperbeseitigung. Auch wenn wir uns hier einen gleitenden Übergang insbesondere für die kleinen Betriebe gewünscht hätten; Respekt! Es ist ja wirklich nicht einzusehen, warum jemand dafür extra bezahlt werden soll, wenn er sich rechtskonform verhält.

Respekt, Frau Ministerin Tack! Übrigens auch für Ihre beharrliche Weigerung für vollgelaufene Keller im Oderbruch die Landeskasse zu öffnen. Wie bereits Landrat Schmidt im RBB zu Recht ausführte, baut seit alters her kein vernünftiger Mensch auf überschwemmungsgefährdeten und grundwassernahen Flächen Häuser mit Keller. Wer dies dennoch getan hat, soll sich entweder bei seiner Versicherung, der Baubehörde oder seinem Architekten das Geld wiederholen. Hierbei sollte die Landesregierung die BürgerInnen konkret unterstützen. Sie sollte aber auch durch entsprechende Bauvorschriften dafür Sorge tragen, dass in diesen gefährdeten Gebieten künftig weder Keller noch Ölheizungen genehmigungsfähig sind.

Richtig war es auch Frau Tack, dem ständigen Drängen des GEDO nach Kostenerstattung für den Schöpfwerksbetrieb und für die Unterhaltung von Gewässern II.Ordnung, die allein in die Zuständigkeit des Gewässerunterhaltungsverbandes fallen, zu widerstehen. Nachdem der GEDO über Jahre hinweg mit den niedrigsten Umlagekosten von 7,50 € das Grabennetz hat verfallen lassen, sah er sich jetzt endlich veranlasst seine Umlage dem Landesdurchschnitt anzupassen. Man sollte sich auf keinen Fall von dem ständigen Ruf nach der finanziellen Verantwortung des Landes für alles und jedes ins Bockshorn jagen lassen. Allerdings muss das Land seinen Pflichten für die Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung gerecht werden. Hierzu haben die GUHs auch Anrecht auf eine verstetigte Ausstattung mit den erforderlichen Mitteln, Ihre Praxis den Ansatz im Haushalt niedrig zu veranschlagen, um ihn dann mit ungeplanten Mehreinnahmen im Jahresverlauf aufzufüllen, trägt nicht, dabei stünde die Finanzierungsquelle Bergbau ja bereit.

Leider Frau Tack ist es Ihnen aber bis heute nicht gelungen sich gegen die professionell organisierten Lobbyinteressen von Vattenfall durchzusetzen und endlich alle bei der Kohleförderung anfallenden Sumpfungswässer dem Wassernutzungsentgelt zu unterwerfen. Hier zeigen sich die Grenzen einer einzelnen Ministerin.

### Wirtschaftspolitik von gestern

Kommen wir daher zu einem anderen Minister mit einem großen Förderetat, dem Wirtschaftsminister.

Wie ich bereits gestern ausführte, ist die wirtschaftsfachliche Diskussion im Lande weiter, als es die Fortführung des Operationellen Programms 2007 – 2013 anzeigt. Die zusammen mit Berlin geführte Diskussion über gemeinsame Zukunftsfelder und Clusterbildung zeitigt in der Realität schon die ersten Erfolge. Sie eröffnet die Möglichkeit endlich Zukunftsfelder im gesamten Land in den Blickwinkeln zu nehmen und sich von der Orientierung auf einzelne Standorte, die sogenannten Regionalen Wachstumskerne zu lösen. Vom Konzept der räumlich definierten Branchenkompetenzzentren als Grundlage der Förderpolitik hatte sich der Wirtschaftsminister ja bereits Anfang des Jahres verabschiedet. Das Prinzip "Stärken stärken" so neu definiert und richtig verstanden findet auch unsere Unterstützung. Nur muss

man dann als Wirtschaftsminister auch die Traute haben die Förderpolitik konsequent an den Ansprüchen der Clusterpolitik auszurichten und Mitnahmeeffekten wie bei der Umsiedlung von Luftfahrtunternehmen von Tegel nach Schönefeld oder Förderbegehren der Zigarettenindustrie entgegenzutreten. Zur Notwendigkeit der konsequenten Umstellung auf Darlehensförderung und Bürgschaftsgewährung haben wir gestern ausführlich debattiert. Hier können wir noch keine Maßnahmen erkennen, die über die Politik ihres Vorgängers hinausgehen.

Was wir uns als Grüne von einem linken Wirtschaftsminister wünschen und gewünscht hätten ist bekannt: Klare Absage an Niedriglöhne, keine Werbung für ein Niedrigsteuerparadies Schönefeld, keine Förderung der ILA aus Steuermitteln und vor allem: keine Fortsetzung der Braunkohlepolitik Ihres Vorgängers. Mit dem Entwurf des Vergabegesetzes ist Bewegung in die Mindestlohn-debatte gekommen, das war es dann aber schon an Fortschritten.

Ich kann mich noch sehr genau an Ihre Wahlplakate im Oderbruch gegen die CO<sub>2</sub>-Versenkung erinnern. Gar nicht so lange her. Heute heißt es in der linken Erfolgsbilanz, dass der Wirtschaftsminister keine Diskussion mit den CCS-GegnerInnen scheut. Der von Ihnen berufene "Regionale Erkundungsbeirat" ist vor diesem Hintergrund auch nicht als Instrument zur Bürgerbeteiligung sondern zur Sedierung der Region zu werten. Wir können der Regierung nur dringend abraten, Brandenburg als einziges Bundesland für die CO<sub>2</sub>-Endlagerung zu öffnen um damit der Sackgassentechnologie Braunkohleverstromung eine Verlängerungsrunde einzuräumen.

Ich bedaure es sehr, dass die jährlich sich wiederholenden Platzierungen der Lausitzer Braunkohlelandkreise auf den hinteren Plätzen des Zukunftsatlas Deutschlands immer noch keine ausreichende Wirkung im Wirtschaftsministerium hinterlassen haben. Die Lausitz ist nicht wegen der Grenzlage zu Polen sondern wegen der jahrzehntelangen Fixierung auf die Braunkohle von der Wirtschaftsentwicklung abgehängt worden. Wie bereits gestern

ausgeführt, ist die Lausitz mit ihrer Forderung nach einem alternativen Entwicklungskonzept hier schon weiter als die Landesregierung. Ergreifen Sie die ausgestreckten Hände aus der Region, nutzen Sie diese Chance zur Abkehr von einem Irrweg.

Anrede,

bevor sie aus meinen bisherigen Darlegungen falsche Schlüsse ziehen: Ja! Es gibt auch SPD-Minister in der Landesregierung. Sie haben sogar manchmal Erfolge. Ohne dass ich jetzt das Bild vom blinden Huhn überstrapazieren will, ein Körnchen Erfolg hat sogar Herr Rupprecht zu verzeichnen. Die Erhöhung des Betreuungsschlüssels in der Kinderbetreuung ist ein solcher Erfolg, allerdings sind wir mit dieser Kraftanstrengung erst auf den drittletzten Platz im Bundesländervergleich vorgerückt. In der frühkindlichen Förderung, wo die entscheidenden Weichen gestellt werden, fehlt aber unverändert das Geld. 20 Prozent der Kinder haben Sprachförderbedarf, erkannte Verbesserungsmöglichkeiten können aber nicht finanziert werden. Ähnliches gäbe es für den Englischunterricht und die Förderung der Lesekompetenz in den Schulen zu sagen. Die Probleme sind ja meistens erkannt, nur Lösungen nicht in Sicht. Ein Grund ist, dass im Bereich unseres Bildungsministers die knappen Haushaltsmittel in das Prestigeprojekt Schüler-BaföG fehlgelenkt wurden. Nein: wir neiden den Kindern aus armen Familien diese Gelder nicht - ja, wir begrüßen es, dass diese Mittel Kindern aus Hartz IV-Familien aufgrund der Gesetzesänderung nicht entzogen werden, aber wir stellen fest, dass die Mittel an anderer Stelle zur Verbesserung der Bildungsqualität wesentlich dringender benötigt worden wären.

Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin nicht der Auffassung, dass es Aufgabe der Opposition ist, sich Gedanken zu machen, welches Mitglied der größeren Regierungspartei möglicherweise ein besseres Bild als Ministerpräsident dieses Landes abgeben könnte. Das bleibt alleine der SPD überlassen.

Worüber wir uns aber alle gemeinsam Gedanken machen müssen ist folgendes: Unser demokratisches System ist als Parteienstaat ausgeformt. Die direkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger durch Volksinitiativen und im Rahmen der Volksgesetzgebung sind beschränkt. Auch auf die Zusammensetzung des Landtages haben die BrandenburgerInnen aufgrund der Ausformung unseres Wahlrechts kaum Einflussmöglichkeiten. Dass dies mit einem Vorzugsstimmensystem auch anders ginge zeigen die Bundesländer Bayern oder Hamburg. Hier lässt sich bestimmt noch vieles verbessern.

Aber auch verbesserte direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger ändern nichts grundsätzliches an der Ausgestaltung unseres politischen Systems als Repräsentative Demokratie. Gerade wegen der Ausgestaltung unserer Demokratie als Parteiendemokratie steht und fällt die Akzeptanz für unser demokratisches System mit dem öffentlich wahrgenommenen Zustand unserer Parteien und der Vorbildwirkung der Politiker.

Insofern fällt das Verhalten von Rainer Speer im Umgang mit der Aufdeckung nicht gezahlter Unterhaltsleistungen auf uns alle zurück. Häufig wird dann nicht mehr feinsinnig unterschieden, sondern es heißt sehr schnell: Die in Potsdam! Es gibt das französische Sprichwort: Besser spät als niemals, und es ist gut, dass der Ministerpräsident hier die Notbremse gezogen hat, eine Notbremse, deren Auslösegriff bis dahin in der SPD-Fraktion niemand finden konnte.

Herr Präsident,

meine Damen und Herren!

Dieser Etat entspricht unseren Erwartungen an einen sich auf der Höhe der Zeit befindenden Haushalt noch lange nicht. Er ist in seiner althergebrachten Form altbacken und unmodern, er erwähnt wichtige Kennzahlen wie die zukünftigen Pensions- und Bürgerschaftsverpflichtungen oder die Finanzrisiken des BBl für die Landeskasse nur am Rande oder gar nicht, er lässt nicht erkennen, ob sich das Gesamtvermögen des Landes Brandenburg im Soll oder im Haben befindet. Bei der Senkung der Nettoneuverschuldung bleiben Sie deutlich unter ihren

Möglichkeiten, noch immer verschwindet viel zu viel Geld in überflüssigen Vorhaben. Den Konflikt mit den straff organisierten Lobbygruppen von Bauernverband bis Vattenfall scheuen Sie weitestgehend und so sieht der Haushalt denn auch aus. Nachhaltigkeit ist bei dieser Regierung nur ein Begriff für das Wort zum Sonntag, als roter Faden taucht er in diesem Haushalt nicht auf.

Aber noch ist nicht aller Tage Abend:

“Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt” möchte ich Ihnen in Anlehnung an einen bekannten Spruch Sepp Herbergers zurufen.

Machen Sie es beim nächste Mal besser, mit diesem Haushalt ist jedenfalls kein zukunftsfähiger Staat zu machen.